**Zeitschrift:** Bulletin Electrosuisse

**Herausgeber:** Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik

**Band:** 95 (2004)

**Heft:** 8

**Rubrik:** Politik und Gesellschaft = Politique et société

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

**Conditions d'utilisation**

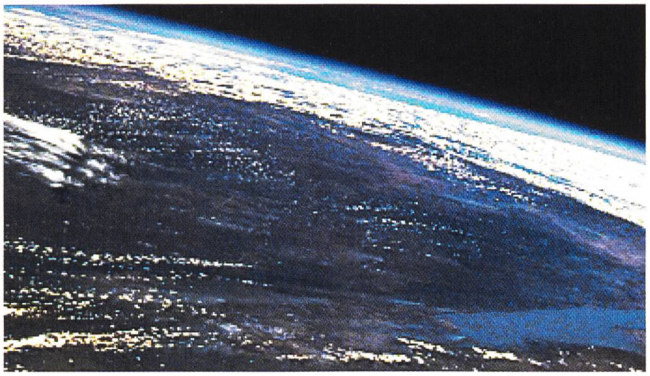
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

**Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

**Download PDF:** 09.07.2025

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch**



Die Freisetzung von Kohlendioxid ($CO_2$) durch den Menschen steht im Verdacht, über den «Treibhauseffekt» das globale Klima zu verändern.

## Klimarappen?

(efch) Gemäss $CO_2$-Gesetz hat der Bundesrat eine $CO_2$-Abgabe einzuführen, wenn es nicht gelingt, mit freiwilligen und anderen Massnahmen das Ziel zu erreichen. Da absehbar ist, dass die bisherigen freiwilligen Massnahmen nicht ausreichen, um die Ziellücke im Treibstoffbereich zu schliessen, schlug die Erdöl-Vereinigung anstelle einer $CO_2$-Abgabe auf Treibstoffen einen privatwirtschaftlich erhobenen «Klimarappen» (1,0 bis 1,5 Rp. pro Liter Treibstoff) vor.

Bundesrat Leuenberger hat das BUWAL und das BFE beauftragt, zusammen mit den Initianten eine unterschriftsreife Vereinbarung über den Klimarappen zu erarbeiten. Er wird dem Bundesrat zur Erreichung des $CO_2$-Reduktionsziels zwei Varianten vorschlagen: eine mit Klimarappen auf Treibstoffen und $CO_2$-Abgabe auf Brennstoffen und eine mit $CO_2$-Abgabe auf Brenn- und Treibstoffen.

Bei den Brennstoffen ist die Ziellücke deutlich kleiner. Ein Expertenbericht von Prognos von Oktober 2002 schätzt die verbleibende Ziellücke für die Treibstoffe auf 2,4 Mio. t $CO_2$, für die Brennstoffe auf 0,9 Mio. t $CO_2$. Die Aktualisierung des Berichts steht vor dem Abschluss; an der Grössenordnung der Ziellücken wird sich dabei nichts ändern.

## Umwelt – was hat das mit mir zu tun?

Wie viel Strom frisst ein Fernseher, wenn er aus ist? Wann sind Fussgänger schneller unterwegs als Autofahrer, und auf welche «äusseren Werte» sollte man bei seinem Handy achten? Zu diesen und ähnliche Fragen hat das deutsche Bundesumweltministerium zahlreiche Unterlagen (www.bmu.de).

## 50% des Stroms für Wärme und Klima

(vdew) Rund 8% ihres Stroms oder 11,4 Milliarden Kilowattstunden (Mrd. kWh) nutzten die 39 Millionen deutschen Haushalte zur Beleuchtung ihrer Wohnung. Auf Unterhaltungselektronik, Telekommunikation und Computer sind mit 13,8 Mrd. kWh Strom 10% des Stromverbrauchs der Haushalte entfallen. Kühl- und Gefrierschränke sowie andere Haushaltsgeräte kamen mit 40,7 Mrd. kWh auf rund 30%. Gut die Hälfte des Stroms im Haushalt für Wärme und Klima: Kochen, Bügeln oder Wäsche trocknen machten etwa 18% oder 25,2 Mrd. kWh aus. Warmwasser und Heiz- oder Klimaanlagen schlugen jeweils mit 17% oder 22,8 Mrd. kWh zu Buche (Berechnungsbasis: 2002).

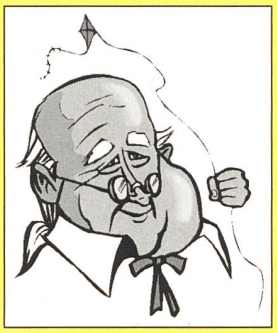
## Zusammenhänge zwischen Energie und Umwelt

(vö) Die Internationale Energieagentur entwickelt in ihrer neuen Publikation «Energy to 2050: Scenarios for a Sustainable Future» verschiedene Szenarien, um die langfristigen Zusammenhänge zwischen Energie und Umwelt zu untersuchen. Die «Forschungsszenarien» gründen sich einerseits auf Erwartungen betreffend technischer und/oder politischer Entwicklungen und andererseits auf erwünschte Ergebnisse und Normen, die die Zukunft prägen werden. Ergebnisse dieser Szenarien sollen Strategien für die künftige Energiepolitik unterstützen, die sowohl die wirtschaftlichen Kosten als auch umweltrelevante Faktoren berücksichtigen.

## 20 Milliarden Euro jährlich für erneuerbare Energieträger?

(ee/a) Eurelectric veröffentlichte einen Bericht «A Quantitative Assessment of Direct Support Schemes for Renewable» mit dem Ziel, einen Input zur laufenden Diskussion über erneuerbare Energieträger zu liefern. Der Bericht basiert auf Daten von den EU-Mitgliedstaaten und Tschechien, Estland, Norwegen, Polen und der Schweiz. Der Bericht liefert eine Schätzung der Höhe der direkten Preisunterstützung für erneuerbare Energieträger für das Jahr 2001 und eine mögliche Entwicklung bis 2010. Unter der Annahme, dass die in der Richtlinie aufgestellten indikativen Ziele erreicht werden und die gegenwärtigen Unterstützungsmechanismen beibehalten werden, können für 2010 die gesamten Zahlungen für Erneuerbare Energieträger der 15 EU-Mitgliedstaaten auf 20,2 Milliarden Euro geschätzt werden.

## Der Blitzableiter



## Ratlos?

*Am 1. Januar 2005 beginnt der europaweite Handel mit Emissionszertifikaten. Durch den Emissionshandel soll erreicht werden, dass das Klimagas Kohlendioxid dort vermindert wird, wo dies am wirtschaftlichsten ist. Was von langer Hand vorbereitet und beraten worden ist, wird nun plötzlich und für viele allzu schnell Realität. Vorerst müssen eilig die statistischen Auswertungen auf den Tisch, um die Parameter und Preise zu definieren. Und da stellt sich zum Beispiel heraus, dass die deutsche Wirtschaft entgegen ihrer Selbstverpflichtung ihre $CO_2$-Emissionen nicht gesenkt hat. Anders als in ihrer Zusage hat sie ihren $CO_2$-Ausstoss gesteigert. Statistisch bereinigt beträgt der Anstieg trotz der wirtschaftlichen Rezession, die in diesen letzten drei Jahren eingesetzt hat, rund 6 Millionen Tonnen $CO_2$. Erste Abschätzungen aus dem vorliegenden Datenmaterial konnte man in einem Entwurf für den Nationalen Allokationsplan im Gespräch mit der Wirtschaft vorlegen. Das Ganze ist offenbar so umfangreich und komplex, dass es die Wirtschaftsvertreter zum Anlass genommen haben, Beratungsbedarf anzumelden. Langsam dämmert es und es beginnt zu brodeln. Viele Industriezweige haben nun gemerkt, dass die ganze Geschichte mit dem Abgashandel sehr teuer zu stehen kommen könnte.*

*B. Frankl*

EU-Kommissarin de Palacio forderte einen neuen Plan für Kyoto-Ziele.

## «Plan B» für Kyoto-Ziele

In der Europäischen Kommission bahnt sich ein Streit darüber an, wie die Klimaschutzpolitik der EU fortgesetzt werden soll. EU-Kommissarin de Palacio forderte einen «Plan B», sollte Russland das Kyoto-Protokoll nicht ratifizieren. Umweltkommissarin Wallström wies diese Aussage entschieden zurück und hält weiter an den europäischen Klimaschutzzielen fest. Dies veranlasste Kommissionspräsident Romano Prodi zur Klarstellung, dass die Europäische Kommission allen Aufrufen, das Kyoto-Protokoll nicht zu ratifizieren oder voll anzuwenden, eine strikte Absage erteilen wird. Mit Ende März hätten die Mitgliedstaaten die nationalen Zuteilungspläne der Europäischen Kommission übermittelt haben müssen. Bis jetzt haben nur fünf Länder (Dänemark, Irland, Niederlande, Finnland und Grossbritannien) Entwürfe dazu veröffentlicht.

## Verkabelung versus Freileitungen

(ee/v) Während neue Verbindungen benötigt werden, um den europäischen Elektrizitätsbinnenmarkt zu vollenden und die Versorgungssicherheit zu stärken, ist in jüngster Zeit der öffentliche Widerstand gegen die Errichtung von Freileitungen gewachsen. Dies führt zu einer erneuten Diskussion zu Verkabelung im Hochspannungsbereich. DG TREN veröffentlichte im Zuge des Paketes zur Infrastruktur und Versorgungssicherheit den Hintergrundbericht «Undergrounding of Electricity Lines in Europe». Die unterirdische Verlegung von Übertragungsleitungen ist dem Bericht zur Folge ökonomisch vertretbar; auf europäischer Ebene sollten Massnahmen im Bereich der TEN-Projekte koordiniert werden. Die letzte Entscheidung solle jedoch im Bereich der Mitgliedstaaten auf Grund einer Kosten-/Nutzenanalyse getroffen werden. ETSO, die europäische Vereinigung der Übertragungsnetzbetreiber, veröffentlichte eine Schätzung zu Kosten entsprechend dem Vorschlag der Europäischen Kommission. Eurelectric bereitet eine Stellungnahme zum Bericht von DG TREN vor.

## $CO_2$-Emissionshandel bringt Unruhe in den Strommarkt

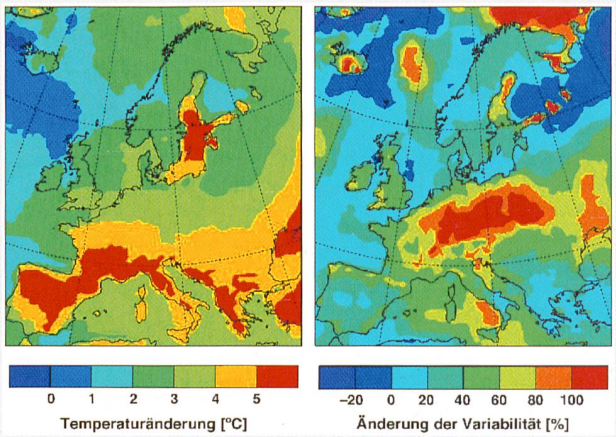
(vik) Gehe es nach dem Bundesumweltministerium, käme es zu einer weiteren Verschärfung des deutschen $CO_2$-Minderungsziels und als Folge davon zu weiteren klimapolitisch bedingten Strompreissteigerungen, so der VIK Verband der Industriellen Energie und Kraftwirtschaft.

Demnach müssen die vom Emissionshandel betroffenen deutschen Unternehmen bereits in der Probephase dieses Han-

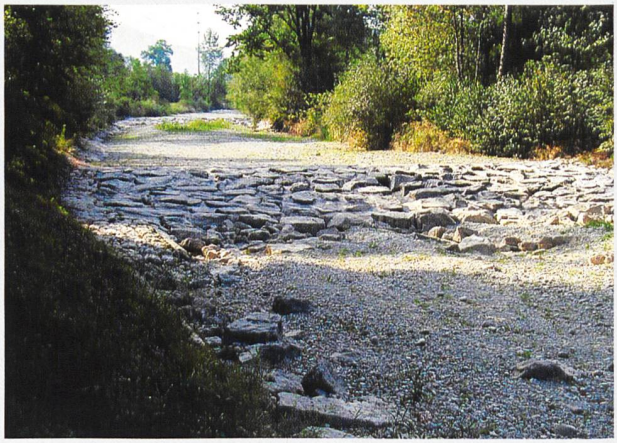
## Klimaziele der EU noch weit entfernt

(vö/f) Die Europäische Union (EU) wird ihre Emissionsziele nach dem Kyoto-Protokoll nicht erreichen, wenn die Mitgliedstaaten nicht zusätzliche Massnahmen und Politiken zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen einführen. Dies ist das Ergebnis eines von der Europäischen Umweltagentur veröffentlichten Berichtes. In einem Schreiben an die 15 Umweltminister fordert Umweltkommissarin Wallström die Mitgliedstaaten auf, zusätzliche Massnahmen festzulegen, und hebt hervor, dass die Mitgliedstaaten den ehrgeizigen Zeitplan für die Umsetzung der Emissionshandelsrichtlinie der EU unbedingt einhalten und die Zuteilung von Emissionsberechtigungen sparsam handhaben müssen.

Bis 2010 will die EU 22% ihres Energiebedarfes aus erneuerbaren Quellen wie Wind, Sonne, Wasser oder Biomasse decken. In einem gemeinsamen Bericht kommen auch der World Wide Fund For Nature (WWF) und die europäische Industrievereinigung für erneuerbare Energien (Eref) zu dem Schluss, dass die EU an dieser Marke scheitern werde, wenn sie nicht schnell «neue Massnahmen» ergreift. Der Bericht bezichtigt die Mitgliedsstaaten der Verschleppung. Gute Noten bekommen nur Spanier, Dänen und Deutsche.




Forscher der ETH Zürich haben berechnet, dass das Klima in Mitteleuropa im Sommer zukünftig nicht nur wärmer, sondern auch unbeständiger wird. Hitzeperioden wie im letzten Jahr wären demnach in siebzig oder achtzig Jahren nichts Aussergewöhnliches mehr. Das Bild zeigt einen Vergleich der durchschnittlichen Sommertemperaturen im Zeitraum 2070 bis 2100 mit denjenigen der Periode 1961 bis 1990: Die Modellrechnungen zeigen, dass im Mittelmeerraum der Effekt der mittleren Erwärmung dominieren wird (links). In Zentral- und Osteuropa muss hingegen mit einer kräftigen Zunahme der Unterschiede von Jahr zu Jahr gerechnet werden (rechts). (Bild ETH)



Das ausgetrocknete Flussbett der Töss am 28. August 2003 (Bild ETH/C. Schär).

Emissionshandel – wirksames Instrument des Klimaschutzes?: 2005 soll im Rahmen der Klimapolitik in der EU der Handel mit $CO_2$-Lizenzen eingeführt werden.

delssystems von 2005 bis 2007 zusätzliche 3,4% $CO_2$-Minderung erreichen, obwohl die Unternehmen nur noch 2% von der europaweit schärfsten Minderungsvorgabe um 21% in den Jahren 2008 bis 2012 gegenüber 1990 entfernt seien. Frankreich, Finnland, die Niederlande oder England müssten ihre $CO_2$-Emissionen im Vergleich dazu entweder gar nicht oder nur halb so stark reduzieren. Spanien, Portugal, Griechenland, Irland oder Schweden sei es sogar gestattet, ihre $CO_2$-Emissionen noch um bis zu 27% zu steigern.

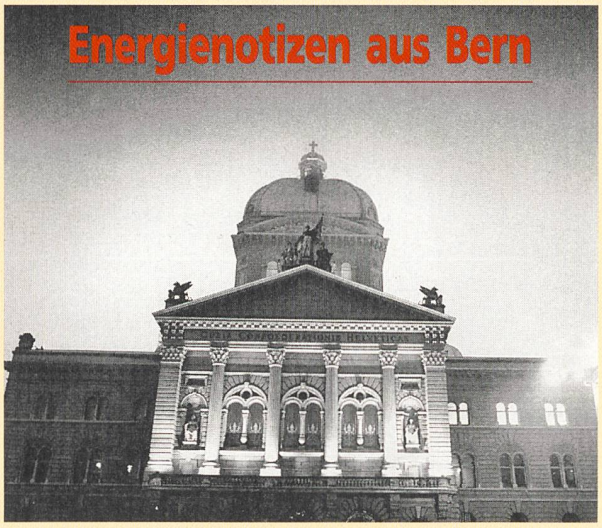
## Mehr Ökostrom in Osteuropa erforderlich

(gs) Eine neue Direktive der Europäischen Union hält fest, dass die osteuropäischen Beitrittländer ihren Ökostromanteil deutlich steigern müssen. Dieser liegt zurzeit bei 5,4%, müsse aber auf 11,1% bis zum Jahr 2010 steigen. Tschechien zum Beispiel müsste nun in den nächsten zehn Jahren etwa 10 Milliarden Euro in den Bereich Umwelt investieren. Gemäss WWF könnten in Osteuropa etwa 20000 Megawatt durch die Nutzung von Holz, Wind und landwirtschaftlichen Reststoffen bereitgestellt werden. Ein weiterer positiver Aspekt wäre die Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

## Fossile Energieträger bald zu Ende?

Ab 2010 muss gemäss internationalen Prognosen (z.B. World Energy Outlook, IEA, 1998) mit schnell wachsenden Versorgungslücken bei Erdöl gerechnet werden. ExxonMobile Chef Jon Thompson prognostiziert für 2015 sogar eine Lücke für Öl und Gas von 80% der heutigen Produktion. Kurz nach Jahresbeginn 2004 musste Shell die eigenen Erdölreserven um 20% nach unten korrigieren, was einen sofortigen Kursverlust der Shell-Aktie von 7% auslöste. Dies sei «ein Schock», sagte ein Londoner Börsianer. Merrill Lynch setzte den Titel von «Buy» auf «Neutral», J.P. Morgan sogar auf «Underweight». Auch zur Bewertung von Aktien wird die «Endlichkeit» der Rohstoffe immer wichtiger.
*(Quelle: SolarPeace)*

Zuviel fossile Emissionen in Osteuropa: Kohlekraftwerk Laziska in Polen (Foto Poludniowy Koncern Energetyczn).




## Bundesrat bestätigt Bundesgerichtsurteil zur Stromdurchleitung

(m/ef) Jeder Netzbetreiber ist aufgrund des Kartellgesetzes im Umfang verfügbarer Netzkapazität zur Durchleitung des Stroms von Drittanbietern verpflichtet. Der Bundesrat schreibt in seiner Antwort auf die Interpellation der Grünen Fraktion zum Bundesgerichtsurteil zur Stromdurchleitung: «Das Bundesgericht hat mit Urteil vom 17. Juni 2003 den Entscheid der Wettbewerbskommission vom 5. März 2001 bestätigt.» So sei das Kartellgesetz grundsätzlich auf dem Elektrizitätsmarkt anwendbar. Damit stützt der Bundesrat das Urteil des Bundesgerichtes. Bei kantonalen Vorschriften für ein rechtliches Monopol des Elektrizitätsversorgungsunternehmen komme das Kartellgesetz jedoch nicht zur Anwendung.

Der Bundesrat schreibt weiter, er habe bereits in den Erläuterungen zur Abstimmung über das Elektrizitätsmarktgesetz (EMG) vom September 2002 darauf hingewiesen, dass ein Nein die Öffnung des Strommarktes nicht aufhalten könne. Vielmehr sei nach einer Ablehnung eine Fortsetzung der unkontrollierten Liberalisierung zu erwarten. Die Schweizer Bevölkerung habe daher damit rechnen müssen, dass die Marktöffnung auf anderem Wege, zum Beispiel über das Kartellgesetz, erfolge.

Der Bundesrat glaubt jedoch aufgrund der langen Verfahrenswege nicht an eine rasche und breite Marktöffnung. Seit dem erwähnten Bundesgerichtsurteil seien bei der Wettbewerbskommission keine weiteren Klagen eingegangen. Vorab könnten grosse Unternehmen das aufwändige Rechtsverfahren über das Kartellrecht nutzen. Möglich seien vor allem Veränderungen der Strompreise der Grossabnehmer und der Elektrizitätsversorgungsunternehmen als Endverteiler.

## Noch mehr Schutz für die Greina

(uv) Die Greina-Hochebene, die bereits im Bundesinventar der Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung (BLN) enthalten ist, wird Teil des Jagdbanngebietes Pez Vial/Greina GR. In den 70er- und 80er-Jahren hatte die Erhaltung des von einem Staudammprojekt zur Stromerzeugung ausgesuchten Greina-Hochtals weite Teile der Bevölkerung mobilisiert. 1986 wurde schliesslich auf das Projekt verzichtet, und die Gegend fand Aufnahme im BLN.

## Zweifel an Jobwunder «Erneuerbare Energien»

(bei) Im Rahmen einer Studie des Bremer Energie Instituts wurden direkte und indirekte Beschäftigungswirkungen im Zusammenhang mit der Nutzung erneuerbarer Energien mit unterschiedlichen Methoden erfasst und bewertet. Dabei wurden neben den direkten und indirekten positiven Beschäftigungseffekten, die Bau und Betrieb der Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien hervorrufen, zusätzlich auch die negativen Beschäftigungseffekte ermittelt, die infolge der erhöhten Stromerzeugungs- und Strombezugskosten auftreten. Die zusätzlichen Ausgaben der Verbraucher für Strom führen zu Budgetumschichtungen und in deren Folge zu Nachfragerückgängen und Arbeitsplatzverlusten in anderen volkswirtschaftlichen Sektoren.

Die volkswirtschaftliche Analyse des Instituts identifizierte eine hohe Bedeutung des negativen Budgeteffekts. Bei seiner Einbeziehung kann für die Mehrzahl der Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien unter bestimmten Voraussetzungen der Nettobeschäftigungseffekt negativ ausfallen. Das heisst, während des Betriebs der Anlagen über 20 Jahre fallen aufgrund der hohen Einspeisevergütung und der daraus folgenden Budgetumschichtungen der Konsumenten mehr Arbeitsplätze weg, als durch den Bau und den Betrieb neu geschaffen bzw. gesichert werden. Dies gilt auch für den Bau und Betrieb von Offshore-Windkraftanlagen. Im Zeitablauf werden die hohen Beschäftigungseffekte beim Bau der Anlagen durch 20 Jahre lang andauernde Arbeitsplatzverluste in anderen Branchen aufgezehrt.

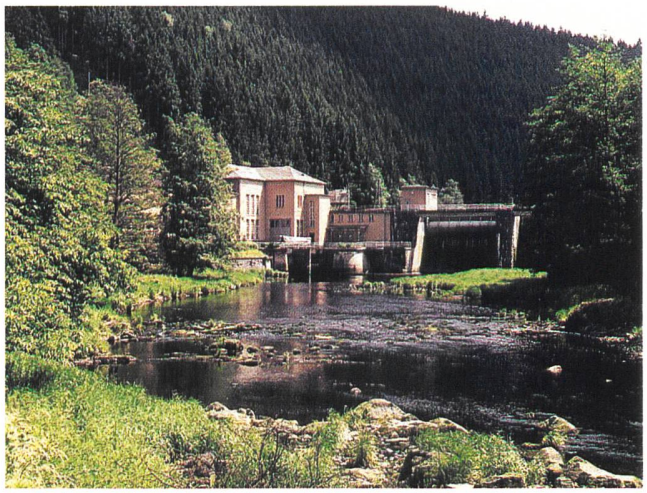
## 45 000 Stellen in der Windkraftbranche

(hea) Gemäss der Arbeitsplatzstatistik 2003 des Bundesverbands WindEnergie e.V., Osnabrück,waren am Jahresende insgesamt über 45 400 Menschen in der deutschen Windkraftbranche tätig. Davon waren allein 37 200 Menschen im Bereich Herstellung und Aufbau neuer Windräder tätig, 8200 arbeiten im Bereich der Betriebsführung und Instandhaltung. «Damit hat sich die Windenergie vor allem in den strukturschwachen Regionen Norddeutschlands, aber auch in Sachsen-Anhalt und Brandenburg zu einem der bedeutendsten Arbeitgeber entwickelt», erklärt Dr. Peter Ahmels, Präsident des Bundesverbandes Windenergie.

## Moderne Kernkraftwerke länger laufen lassen?

(bfs) Das deutsche Bundesamt für Strahlenschutz hat den Betreibern vorgeschlagen, die Möglichkeiten des neuen Atomgesetzes und des Atomkonsenses zwischen Regierung und Betreibern zu nutzen. Im Atomgesetz werde den Konzernen die Möglichkeit eingeräumt, ältere Kernkraftwerke vorzeitig vom Netz zu nehmen und die Strommengen auf neuere Anlagen zu übertragen. Damit würden die Risiken der Kernenergienutzung in Deutschland weiter minimiert.

Durch die Förderung erneuerbarer Energien wie Windkraft werden gemäss einer Studie der Universität Bremen mehr Arbeitsplätze vernichtet als neu geschaffen (Bild BWE).



Sonderbelastungen abbauen: Wasserkraftwerk in Thüringen (Bild Vattenfall).

## Wasserkraft braucht Chancengleichheit

(vdew) «Die Belastung der Betreiber von Wasserkraftanlagen mit öffentlichen Aufgaben und überzogenen Umweltauflagen beeinträchtigt die Wirtschaftlichkeit der Anlagen», erklärte Eberhard Meller, Hauptgeschäftsführer des deutschen Verbandes der Elektrizitätswirtschaft (VDEW), Berlin.

Die Betreiber von Wasserkraftanlagen seien zu allgemeinen Staatsaufgaben wie Schleusenbetrieb, Gewässerreinigung oder verstärktem Hochwasserschutz verpflichtet. «Um die klimaschonende Wasserkraft langfristig zu erhalten, muss die Politik ungerechtfertigte Sonderbelastungen abbauen oder für einen angemessenen Kostenausgleich sorgen», forderte Meller.

Ausserdem planten die Umweltministerien der Länder weitere Belastungen durch eine übertrieben strenge Auslegung europäischer Umweltvorgaben. Diese brächten vergleichsweise geringe Verbesserungen für die Umwelt, gefährdeten aber die Wettbewerbsfähigkeit der Anlagen.

## Principes devant régir la régulation du secteur électrique

(ee) Avec la libéralisation des marchés de l'électricité et la séparation des activités («unbundling») en découlant, la structure du secteur électrique s'est indubitablement complexifiée. Aussi, la stabilité du cadre de régulation est plus que jamais vitale pour le bon fonctionnement de la concurrence et la sécurité d'approvisionnement. Pour contribuer au débat actuel sur le rôle de la régulation et le besoin d'investissement dans le secteur de l'énergie, l'association représentant le secteur électrique pour l'ensemble de l'Europe – Union of the Electricity Industry–Eurelectric – a publié un rapport qui tente d'établir, sur la base de l'expérience des entreprises électriques, les critères et principes assurant une bonne approche de la régulation.

La directive de 2003 sur le marché de l'électricité confère une série de compétences fondamentales aux autorités de régulation européennes. Les organes de régulation jouent d'ores et déjà un rôle important dans la plupart des pays européens et la nouvelle directive confirme leurs compétences en matière d'accès au réseau et d'agrément des tarifs ou d'établissement des principes de tarification.

Le secteur électrique appelle les autorités de régulation et les gouvernements à concevoir un cadre réglementaire sur la base d'un compromis entre objectifs et responsabilités. Celui-ci garantira la prise en compte de tous les intérêts pertinents. Ainsi, en ce qui concerne les profits

autorisés sur les réseaux réglementés, notre industrie se montre préoccupée du fait que les tarifs trop souvent ne reflètent pas pleinement les coûts réels et n'incitent pas à l'investissement. La conception générale et la stabilité du cadre de régulation sont d'une importance primordiale pour assurer les investissements futurs dans la production et les réseaux. Il est, par ailleurs, nécessaire de développer des procédures de consultation entre les autorités de régulation, l'industrie de l'électricité et les autres parties concernées afin de garantir un degré de transparence adéquat dans les processus de prise de décisions.

## EU: Was bringt irische Ratspräsidentschaft?

(ee/vö) Irland hat am 1. Januar 2004 den Ratsvorsitz der Europäischen Union übernommen. Irlands Präsidentschaft hat nun vier Prioritäten gekennzeichnet:

- Erfolgreiche Erweiterung und neue Nachbarn,
- Zusammenarbeit für Wachstum,
- Sicherstellung eines Raumes der Freiheit, Sicherheit und des Rechts,
- Globales Engagement der Europäischen Union in der Welt.

Im Energiebereich wird die Sicherstellung einer zuverlässigen Energieversorgung für die Union die erste Priorität bilden. Weiterer Schwerpunkt wird die Vollendung des Energiebinnenmarkts mit Schwerpunkt grenzüberschreitender Gashandel, Infrastruktur und 10-%-Ziel für Verbundeinrichtungen bilden. Die irische Präsidentschaft wird die Integration der nachhaltigen Entwicklung in die Energiepolitik der Europäischen Union (Förderung und Unterstützung der Nutzung Erneuerbarer Energiequellen, Energieeffizienz und Energieeinsparung) weiter vorantreiben. Vom 1. bis 4. Juni 2004 wird in Bonn die Weltkonferenz über erneuerbare Energien stattfinden. Prioritäten im Umweltbereich stellen Klimapolitik (Implementierung Kyoto, JI/CDM-Richtlinie), Fertigstellung der Richtlinie Umwelthaftung, Vorantreiben des Aktionsplanes für Umwelttechnologien und eine neue Richtlinie zur Luftqualität dar.

## Legal Unbundling – Synergiekiller oder Geburtshelfer für neue Geschäftsmodelle?

(atk) Die EU hat die Energieunternehmen zum Legal Unbundling, das heisst zur gesellschaftsrechtlichen Trennung von Erzeugung, Netz und Vertrieb, verpflichtet. Diese Vorgabe bringt massive Veränderungen in Organisation und Struktur vieler Unternehmen und hohe Kosten mit sich. Nach einer aktuellen A.T. Kearney-Studie werden sich die Unbundling-bezogenen Gesamtinvestitionen der deutschen Energiewirtschaft auf 500–600 Mio. Euro belaufen. Hinzu kommen laufende jährliche Mehrkosten von insgesamt 170–200 Mio. Euro für die deutsche Energiewirtschaft. Verluste von gerade erst gehobenen Synergien kommen noch hinzu. Die notwendigen Investitionen für das Legal Unbundling würden somit bis zu 1,5% des Jahresumsatzes der Unternehmen, die jährlichen Kosten bis zu 0,2% des Umsatzes betragen, so die Studie.

Ist Legal Unbundling also ein Synergiekiller oder regt der Rechtsrahmen auch dazu an, das Geschäftsmodell zu überdenken und neue, innovative Lösungen zu finden? Kann Unbundling überhaupt unter Beibehaltung der erarbeiteten Markt- und Kostensynergien erreicht werden, wenn ja: wie? In seiner Studie hat A.T. Kearney den Status der Legal-Unbundling-Vorbereitungen in der deutschen Energiewirtschaft erhoben, zu Problemen und geplanten Lösungen gefragt und zukunftsträchtige Geschäftsmodelle entwickelt.

## Das Schweizer $CO_2$-Gesetz

(bfe) Das $CO_2$-Gesetz ist Kernstück der schweizerischen Klimapolitik, mit welcher die Schweiz auf die Erwärmung der Atmosphäre reagiert. Es wurde auf den 1. Mai 2000 in Kraft gesetzt. Mit dem $CO_2$-Gesetz legt die Schweiz verbindliche Ziele für die Reduktion des wichtigsten Treibhausgases $CO_2$ fest. Es dient damit auch der Umsetzung der internationalen Verpflichtungen, welche die Schweiz mit der internationalen Klimakonvention zusammen mit 180 weiteren Staaten eingegangen ist.

Mit dem $CO_2$-Gesetz soll in der Schweiz der Ausstoss des klimawirksamen Kohlendioxidgases ($CO_2$) aus der Nutzung fossiler Energieträger (Öl, Gas, Kohle) bis zum Jahre 2010 um 10 Prozent gegenüber dem Wert von 1990 gesenkt werden. Für Brennstoffe und Treibstoffe gelten je unterschiedliche Teilziele. So sollen die Brennstoffe (Heizungen, Industriefeuerungen usw.) gesamthaft um 15 Prozent, die Treibstoffe (Benzin, Diesel) gesamthaft um 8 Prozent vermindert werden. Nicht berücksichtigt werden die Flugtreibstoffe für internationale Flüge.

Im Protokoll von Kyoto wurde für sechs klimawirksame Gase weltweit eine Reduktion um 5,2 Prozent vereinbart. Die Schweiz wie die EU verpflichteten sich auf ein Reduktionsziel von 8 Prozent. Das $CO_2$-Gesetz hingegen konzentriert sich auf die Reduktion von Kohlendioxid aus fossilen Energien, auf welches in der Schweiz der Hauptteil der Klimagase entfällt.

Die angestrebte Reduktion der $CO_2$-Emissionen soll in erster Linie durch Massnahmen der Energie-, Verkehrs-, Umwelt- und Finanzpolitik sowie durch freiwillige Massnahmen der Unternehmen und Privaten erreicht werden. Dazu hat der Bundesrat das Programm «EnergieSchweiz» verabschiedet. Wenn sich abzeichnet, dass diese Massnahmen nicht ausreichen, kann der Bund eine $CO_2$-Abgabe einführen.

Freiwillige Massnahmen (Bild BMU).